

## Niederschrift

über die 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Sport, Integration und Demografie am Freitag, den 05.03.2021, um 17:00 Uhr im Saal des Bürgerhauses, Schloßmacherstr. 4-5.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Dietmar Stark

Ausschussmitglieder

Sandro Feuerpeil  
Hans Wilhelm Golombek  
Majid Haberkorn  
Sherif Salem Hassan  
Dennis Jaroschek  
Malik Nasir Mahmood  
Rolf Schäfer  
Anke Schröder  
Regina Übel

Beratende Mitglieder

Wolf-Rainer Winterhagen

Vertreter

Dietmar Busch  
Erni Huckenbeck  
Thomas Lorenz  
Udo Schäfer

Vertretung für Herrn Schlüter  
Vertretung für Herrn Leckebusch  
Vertretung für Frau Haselhoff  
Vertretung für Frau Bötte

von der Verwaltung

Jürgen Funke  
Volker Grossmann  
Johannes Mans  
Wolfgang Scholl  
Simon Woywod

Schriftführerin

Larissa Schipper

Gäste

Dr. Jörg Rieger  
Springer, Kyra

Stadtsportverband zu TOP 7  
Trägerverein aktiv55plus  
Radevormwald e. V. zu TOP 1

es fehlt:

Ausschussmitglieder

Beate Bötte  
Petra Ebbinghaus

Renate Haselhoff  
Swen Leckebusch  
Christoph Schlüter

Beratende Mitglieder

Jörg Becker

### **Tagesordnung:**

#### **(Öffentlicher Teil)**

1. Sachstandsbericht aktiv55plus: Erschwernisse bei dem Beratungs- und Betreuungsangebot aufgrund der pandemischen Lage IV/0042/2021
2. Sachstandsbericht des Kommunalen Integrationszentrum für die Städte und Gemeinden des Oberbergischen Kreises, insbesondere der Stadt Radevormwald (Antrag der CDU Fraktion) AN/0017/2021
3. Hilfsmaßnahmen für Opfer von Gewalttaten (Antrag der SPD-Fraktion) AN/0018/2021
4. Impfungen gegen Covid-19 Antrag der (SPD-Fraktion) AN/0019/2021
5. Haushalt 2021 einschließlich Haushaltssicherungskonzept 2012 bis 2022 BV/0105/2021
6. Handlungsmaßnahmen aufgrund der Beratungen der letzten Sitzung des ASGSID IV/0043/2021
7. Sachstandsbericht zum Antragsverfahren "Moderne Sportstätte 2022" IV/0044/2021
8. Mitteilungen und Fragen

Der Vorsitzende eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Sport, Integration und Demografie bestellt Frau Larissa Schipper für diese Sitzung als Vertretung zur Schriftführerin gemäß § 52 Abs. 1 Satz 2 GO NRW i.V.m. § 58 Abs. 2 Satz 1 GO NRW.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

Auf die Abfrage der Befangenheit zu einzelnen Tagesordnungspunkten erklärt sich kein Mitglied für befangen.

### (Öffentlicher Teil)

**1. Sachstandsbericht aktiv55plus: Erschwernisse bei dem Beratungs- und Betreuungsangebot aufgrund der pandemischen Lage IV/0042/2021**

---

Frau Springer erläutert das Thema und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder. Die Präsentation „Erschwernisse bei dem Beratungs- und Betreuungsangebot aufgrund der pandemischen Lage“ ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr R. Schäfer erfragt, an welche Personen der Flyer „Hygieneregeln“ verschickt wurde. Frau Springer teilt mit, dass es sich hier um die Personen handelt, an die eine Maske verschickt worden ist. Es fehlt das Budget, diesen Flyer an alle älteren Menschen in Radevormwald zu versenden.

Herr R. Schäfer erfragt, ob man sich seitens der Verwaltung vorstellen kann, diesen Flyer an alle Mitbürger zu versenden, z.B. durch eine Zeitungsbeigabe. Der Bürgermeister bejaht dies.

Herr Winterhagen teilt mit, dass der Verein Aktiv55plus bei dem Projekt „Hier alt werden“ vorgestellt worden ist. Die Arbeit wird im Land wertgeschätzt.

### **Beschluss:**

**2. Sachstandsbericht des Kommunalen Integrationszentrum für die Städte und Gemeinden des Oberbergischen Kreises, insbesondere der Stadt Radevormwald (Antrag der CDU Fraktion) AN/0017/2021**

---

Herr Funke führt folgendes aus:

Aufgabe des KI ist die Unterstützung der unteren Schulaufsichtsbehörden sowie der Schulen und Kitas bei Integrationsmaßnahmen, Sprachhilfen und anderen Problematiken für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sowie beim Übergang von Schule zu Beruf.

In den vergangenen Jahren gab es immer wieder Kontakte zum KI, wenn es um eine schwierige Beschulung einzelner Schüler ging (1-2 pro Jahr). Z. B. wurden durch das KI Sprachförderklassen/internationale Förderklassen an den Berufskollegs eingerichtet, um so den geflüchteten Jugendlichen eine Möglichkeit zu geben, in einen Beruf zu starten. Die Anmeldung der zugewanderten Jugendlichen hat komplett das KI übernommen.

Durch das KI wurden in der Vergangenheit u.a. Sprachlernangebote des Landesministeriums während der Schulferien angeboten, es werden Kontakte zu Sprachmittlern (Dolmetschern) hergestellt, usw.

Das KI konnte in 2 Fällen auf unsere Initiative eine gute Beschulung für körperbehinderte Kinder von Asylsuchenden unterstützen.

Seit die Diakonie für die Flüchtlingsarbeit in Rade zuständig ist, meldet sich der Sachbearbeiter der Diakonie direkt beim ASKS zu einzelnen Familien. Das ASKS organisiert in diesen Fällen einen geeigneten Schulplatz. Bei schwierigen Problemstellungen setzen wir uns mit dem KI in Verbindung.

Darüber hinaus ist bei Treffen aller Schulverwaltungsämter der Kommunen des OBK auch das KI beratend und informativ anwesend.

Integrationsmaßnahmen an Schulen: In den Schulen gibt es zudem Sprachförderkonzepte für Deutsch und Deutsch als Zweitsprache (DaZ). Hier geht es vornehmlich um die Entwicklung der mündlichen Alltagskommunikation, Grammatik und den Schriftwortschatz durch spezielle Lehrkräfte. Bei der Schulanmeldung werden die neuen Schülerinnen und Schüler darüber hinaus von Lehrkräften auf ihre sprachlichen Fähigkeiten getestet. Zudem gibt es im Unterricht hilfreiche Technik/Sprachprogramme/Ting-Stifte, die eingesetzt werden.

Im Bereich der Kitas gibt es das u. a. Angebot „Rucksack“, ein Programm für sprachliche Bildung. Mehrsprachigkeit wird dabei als Potential der Kinder aufgegriffen. Bei einer unserer Kitas bestünde hier aktuell ein Bedarf, die Verwaltung wird Kontakt mit dem KI aufnehmen.

Die Stadt hat formell keinen Integrationsbeauftragten installiert. Strategisch wurde die Aufgabe auf die Fachämter bzw. Amtsleiter übertragen, da hier die Fachkenntnisse und Netzwerke vorliegen.

Die Verwaltung steht mit dem KI weiter im Kontakt und wird die wertvolle Zusammenarbeit auf allen Ebenen fortführen.

Herr R. Schäfer gibt an, dass ihm konkrete Zahlen zu einzelnen Punkten fehlen:

- Übergang Schule zu Beruf
- Wie viele nehmen Sprachangebote an
- Wie oft hat die Verwaltung Kontakt mit dem KI
- Sind bzgl. der Diakonie weniger Kosten angefallen

Er bittet darum, diese Zahlen in der nächsten Sitzung nachzuliefern.

### **Beschluss:**

---

### **3. Hilfsmaßnahmen für Opfer von Gewalttaten (Antrag der SPD-Fraktion) AN/0018/2021**

---

Herr Golombek erläutert den Antrag.

Herr Funke beantwortet die Fragen:

Frage 1:

Seitens der Stadtverwaltung gibt es keine eigene grundsätzliche Organisationseinheit als Ansprechpartner für Opfer von Überfällen, tätlichen Angriffen oder anderer Gewalttaten. Soweit aber Kinder und Jugendliche von Gewalt betroffen sind, erhält das Jugendamt immer eine Mitteilung nach § 8 a SGB VIII.

Ansprechpartner bzw. Adresse für die Strafanzeige ist die Polizei. Die Polizei händigt Opfern von Gewalttaten immer die Kontaktdaten für den Opferschutz aus. Im Bereich des OBK wurden die Aufgaben des Opferschutzes auf die Caritas übertragen.

Frage 2:

Die Rückmeldungen der Schulen und der Schulsozialarbeit haben ergeben, dass an allen Schulen Gewalt in unterschiedlichen Formen festzustellen ist: verbale Gewalt und Beleidigungen unter den Schüler\*innen und gegenüber den Lehrkräften, indirekte Gewalt durch Ausgrenzung, durch personales oder digitales Cyber-Mobbing, „ausrastende“ Schüler\*innen mit angsterzeugender Gewalt gegenüber Dingen (Stühle, Schulmaterialien, Tische umschmeißen). Zahlen liegen dazu nicht vor.

Direkte „Prügeleien“ unter den Schüler\*innen kommen deutlich seltener vor. Berichtet wird über 2-5 Fälle pro Schuljahr pro Schule. Eine erkennbare Steigerung, so die eingegangenen Rückmeldungen, habe es in den letzten Jahren nicht gegeben.

Frage 3:

Alle Fälle von festgestellter Gewalt werden an den Schulen, größtenteils mit Unterstützung der Schulsozialarbeit, individuell betrachtet und geahndet. Abhängig von der Bewertung des Einzelfalles führen die Schulen Gespräche mit den beteiligten Kindern oder Jugendlichen durch, es gibt klärende Gespräche mit Entschuldigungen, wenn möglich und angemessen einen Täter-Opfer-Ausgleich, wenn erforderlich weitergehende Gespräche unter Hinzuziehung der Eltern. In einzelnen Fällen hat dies auch zu Strafanzeigen geführt, die dann wiederum durch die Polizei ermittelt und von der Staatsanwaltschaft größtenteils gegen Auflagen eingestellt worden sind. Es kann auch zu einem Schulverweis oder zu gerichtlichen Sanktionen kommen.

Frage 4 und 5:

Der Stadtverwaltung liegen grundsätzlich keine Erkenntnisse über Anzahl von Opfern sexueller Belästigungen bzw. häuslicher Gewalt vor. Ausnahme: bei Beteiligung von Jugendlichen/Kindern wiederum über § 8 a SGB VIII Meldungen beim Jugendamt.

Bei häuslicher Gewalt bewegt sich die Zahl der uns bekannten Fälle in den Jahren 2018 – 2020 bei 3 – 5 pro Jahr. Eine Fallzahlsteigerung in 2020 hat nicht festgestellt werden können. In 2021 gibt es in dieser Richtung bislang keine Vorkommnisse.

Frage 6 und 7:

Grundsätzlich haben Gewaltopfer/Betroffene ein Wahlrecht für ein Frauenhaus. Der OBK arbeitet (gemeinsam mit dem Jugendamt) mit einem bestimmten Frauenhaus zusammen. Plätze sind bei Frauenhäusern grundsätzlich sehr stark begehrt, es sind aber noch einige Plätze frei.

Frage 8:

Lt. dem OBK ist das Geschehen in Radevormwald nicht auffällig. Insgesamt gilt, dass es im OBK immer mal wieder solche Fälle gibt. Diese werden dann aber konsequent zur Anzeige gebracht und verfolgt.

Bzgl. der Feuerwehr sind keine einschlägigen Vorfälle bekannt. Im Regelfall werden Feuerwehreinsätze aber auch von der Polizei begleitet (z. B. wegen Verkehrsregelung, strafrechtl. Ermittlungen usw.).

Bzgl. Mitarbeitern der Ordnungsbehörde ist in den letzten 3 Jahren in 5 Fällen Strafanzeige wegen Beleidigung/Bedrohung gestellt worden. Verfahrensausgänge sind dazu nicht bekannt.

Frage 9:

Diese Fälle sind der Verwaltung auch nur über die Presse bekannt. Tatbestände sind oft der Einzeltrick und falsche Polizisten. Betroffene können sich in Rade an Aktiv55plus wenden. Hier ist ein KHK im Ruhestand ehrenamtlich in der Beratung aktiv, 1 Mal pro Monat wird die Beratung angeboten. Derzeit unter Corona nur telefonisch.

Frage 10:

Hier geht es um Fälle von Kindeswohlgefährdungen, die das Jugendamt statistisch nicht in die Kategorien von Misshandlung oder Vernachlässigung unterteilt. Die Zahl der Meldungen hat sich in den Jahren 2018 – 2020 deutlich verringert: von 102 Meldungen (2018) über 72 (2019) bis zu den 44 Meldungen in 2020. Hintergrund sind hier vor allem die verbesserte Zusammenarbeit mit den Kitas und Schulen, insbesondere durch deutlich frühzeitigere Hilfs- und Beratungsangebote. Hierfür greifen Kitas und Schulen verstärkt auf ihre Schul- oder Kita-Sozialarbeiter\*innen zurück oder stellen direkt den Kontakt zum Jugendamt her.

Frage 11

Der Stadtverwaltung liegen grundsätzlich keine Erkenntnisse über Straftaten mit Gewaltandrohungen gegenüber Internetnutzern vor. Ausnahme auch hier: bei Beteiligung von Jugendlichen/Kindern wiederum über § 8 a SGB VIII Meldungen beim Jugendamt.

Herr Golombek erfragt, wie man Adressen von Frauenhäusern mitgeteilt bekommt.

Herr Grossmann gibt an, dass die Polizei die Kontaktdaten der Gewaltschutzberatung der Caritas heraus gibt, aber nie die von einem Frauenhaus. Kontakte werden hergestellt und dann vermittelt.

Herr Hassan erfragt, was passiert, wenn Opfer keinen Kontakt mit gewissen Stellen aufnehmen.

Herr Grossmann erklärt, dass bei Kindern das Jugendamt informiert und tätig wird. Ansonsten meldet die Polizei der Verwaltung nichts. Ärzte melden aufgrund ihrer Schweigepflicht ebenfalls nichts. Die Opfer sind hier in der Bringschuld.

Herr R. Schäfer bittet, in der nächsten Sitzung einen fachkundigen Vortrag zum Thema Frauenhaus halten zu lassen.

### **Beschluss:**

---

#### **4. Impfungen gegen Covid-19 Antrag der (SPD-Fraktion) AN/0019/2021**

---

Herr Mans führt aus, dass man seit Dezember 2020/Januar 2021 mit dem Landrat versucht hat, ein weiteres Impfzentrum im Oberbergischen Kreis einrichten zu können. Der Landrat hat hierzu jedoch klare Anweisungen vom Ministerium erhalten.

Kriterien wurden nun benannt und eine Lösung für eine Schwerpunktpraxis in Radevormwald muss nun entwickelt werden. Ab Anfang April sollten Ärzte in den Praxen impfen können. Dies wird priorisiert. Anfang nächster Woche soll es Gespräche mit den Ärzten geben, damit eine Schwerpunktpraxis so schnell wie möglich installiert werden kann.

Das Problem bisher lag an der Kommunikation zwischen dem Ministerium und den Kreisen.

Herr Lorenz erfragt, ob für die Schwerpunktpraxis das noch nicht komplett fertiggestellte Ärztehaus an der Wupper genutzt werden kann.

Herr Mans teilt mit, dass dies eine Möglichkeit wäre.

Herr Winterhagen teilt mit, dass der Seniorenbeirat Anfang Januar die Idee einer Schwerpunktpraxis hatte. Die Mitglieder des Seniorenbeirates würden sich hier ehrenamtlich engagieren.

Die Frage 1 verneint Herr Mans.

Herr Mans erklärt zu Frage 3, dass es hierzu intensive Bemühungen gibt. Die versicherungstechnische Absegnung könnte gegeben sein. An diesem Thema ist man dran, dieses sollte jedoch unter vertretbaren Bedingungen umsetzbar sein.

Frau Huckenbeck erfragt, wie man mit Menschen umgeht, die neu in Pflegeheimen kommen. Herr Lorenz teilt mit, dass diese Personen 14 Tage in Quarantäne kommen. Des Weiteren werden diese auf eine Liste gesetzt, um in einem Sammeltermin geimpft werden zu können.

Anmerkung der Verwaltung:

*Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW (MAGS) hat am 1. März 2021 an die kreisfreien Städte und Landkreise in NRW einen weiteren Erlass (Nummer 9) bekanntgegeben, der die bisherigen Impfregeleungen abändert.*

*Im Einzelnen regelt der Erlass Folgendes:*

*1. Weitere Impfangebote in vollstationären Einrichtungen*

- *Neue Bewohner in vollstationären Einrichtungen und auch Personen, die wegen einer Corona Infektion nicht geimpft wurden, können nun durch mobile Teams in den Einrichtungen geimpft werden. Voraussetzung hierzu ist, dass eine durch sechs teilbare Anzahl an impfwilligen Bewohnern vorhanden ist. Hiermit ist nun - auch auf Drängen des bpa - eine Regelung gefunden worden, um die Lücke bei neu aufgenommenen nicht geimpften Bewohnern zu schließen. Diese müssen nun nicht mehr - um eine Impfung zu erhalten - in die Impfzentren gebracht werden.*
- *Es wird klargestellt, dass sich das Impfangebot für Personen, die regelmäßig in vollstationären Pflegeeinrichtungen tätig sind, auch regelmäßige ehrenamtliche oder berufliche Tätigkeiten betrifft. Somit wird klargestellt, dass Ihre „Ehrenamtler“ ein Impfangebot erhalten, falls diese noch nicht geimpft sein sollten.*

Herr Feuerpeil erfragt, was mit dem Impfstoff passiert, der in der Schwerpunktpraxis übrig bleiben könnte.

Herr Mans teilt mit, dass es eine Prioritätenliste gibt. Diese wurde bisher noch nicht abgerufen.

**Beschluss:**

**5. Haushalt 2021 einschließlich  
Haushaltssicherungskonzept 2012 bis 2022****BV/0105/2021**

---

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Sport, Integration und Demografie empfiehlt den Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Die vorgelegten Haushaltsansätze 2021 einschließlich des Haushaltssicherungskonzeptes 2012 bis 2022 werden genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**6. Handlungsmaßnahmen aufgrund der Beratungen der  
letzten Sitzung des ASGSID****IV/0043/2021**

---

Herr Funkte führt folgendes aus:

Die Verwaltung hat nach der letzten Sitzung des Ausschusses den Schulen psychologische Beratungsangebote für Schüler/innen/Eltern mitgeteilt. Die Psychologische Beratungsstelle Herbstmühle bietet ein Krisen-/Notfalltelefon an. Vor dem Lockdown wurde eine zentrale Anlaufstelle im Bürgerhaus, Jugendzentrum angeboten. Zudem besteht die Möglichkeit der telefonischen Beratung durch das Jugendamt. Außerdem stehen an allen Schulen die Schulsozialarbeit und der schulpsychologische Dienst des OBK zur Verfügung. Alle Kontaktmöglichkeiten wurden den Schulen mitgeteilt. Zahlen über coronabedingte, vermehrte Inanspruchnahmen liegen den Schulen oder seitens der Schulsozialarbeit nicht vor.

Zudem wurden den Schulen verschiedene Links und Hinweise auf sprachliche Übersetzungen von Corona-Regeln gegeben, die zum Teil auch auf deren Homepages veröffentlicht worden sind.

Außerdem stehen die Schulen im täglichen Alltag (auch im Distanzunterricht) zu der Corona-Thematik im Austausch mit den Schülern und weisen auch auf Hilfestellungen hin.

Die Situation um die Essenszeit in der Sekundarschule konnte durch die Beschaffung von Lüftungsgeräten und Trennscheiben in den betreffenden Räumen in Absprache mit der Schule technisch gelöst werden. Bei Rückkehr der Schüler in den Präsenzunterricht steht alles bereit.

Eines zusätzlichen Zelttes als Essenraum bedarf es daher in Absprache mit der Schulleitung und dem Gesundheitsamt des OBK nicht.

**Beschluss:**

**7. Sachstandsbericht zum Antragsverfahren "Moderne Sportstätte 2022" IV/0044/2021**

---

Herr Dr. Rieger teilt mit, dass 3 Anträge abgegeben wurden (Dahlerauer Turnverein, Schützenverein Radevormwald 1708 und Luftsportverein Radevormwald, zusammen rd. 195.000 €). Wenn die Voranträge bewilligt sind, kann der Antrag an die NRW.Bank gestellt werden. Die Frist hierfür ist der 31.12.2022. Es stehen ca. 110.000 € für weitere Projekte zur Verfügung. Das Verfahren muss bis 2024 abgeschlossen sein.

Herr R. Schäfer merkt an, dass die Verwaltung schon im Vorfeld Planungen für weitere Projekte durchführen konnte.

**Beschluss:**

**8. Mitteilungen und Fragen**

---

Herr Lorenz merkt an, dass er das Thema „Fahrradwege“ einbringen möchte.

Herr Feuerpeil gibt an, dass es einen Offenen Brief an die Verwaltung gegeben hat bzgl. Corona-Selbsttests.

Herr Woywod teilt mit, dass dies im Ältestenrat thematisiert werden soll.

Herr Winterhagen erfragt bzgl. der kostenlosen Schelltests, ob die Verwaltung schon Planungen hierzu hat.

Herr Woywod gibt an, dass dieses Thema beim Krisenstab liegt, es jedoch noch keine genauen Vorgaben gibt.

Ende des öffentlichen Teils: 18:53 Uhr.

**Beschluss:**

Dietmar Stark  
Vorsitzender

Larissa Schipper  
Schriftführer

gesehen: Bürgermeister/Erster Beigeordneter

Anlagen: Präsentation zu TOP 1